

Zur Wirtschaftsgeschichte Leipzigs vor, in und nach der DDR

Wer sich die Tafeln angesehen hat, kann sich vorstellen, dass das nicht in einer ¼ Stunde abzuarbeiten ist. Ich beschränke mich auf 3 Bemerkungen:

1. In Leipzigs Wirtschaftsgeschichte reflektieren sich die Etappen der Industrialisierung wie in einem Wassertropfen:

Über Jahrhunderte zu einem Knotenpunkt des Handelskapitals herangewachsen wurde Leipzig in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zu einem Zentrum des Maschinenbaus. Wer sich mit der Vielfalt metallurgischer, metallverarbeitender und elektrotechnischer Unternehmen befasst bekommt eine Ahnung von den Dimensionen der arbeitsteiligen Verflechtung der hier angesiedelten technologischen Infrastruktur.

Im Verlaufe des ersten Weltkrieges erstmals in vollem Maße genutzt liefen diese Kapazitäten im ersten und während des zweiten Weltkrieges zur Hochform auf. Deshalb war Leipzig ab 1944 trotz der Bombardierung einiger Betriebe das einzige noch voll funktionsfähige Zentrum der Rüstungsindustrie Hitlerdeutschlands.

Wer darüber spricht, darf nicht übersehen, dass es in der HASAG, einem der größten Munitionsproduzenten, eine Widerstandsgruppe gab, in der Kommunisten und Sozialdemokraten, Deutsche, Polen, Franzosen und Bürger der UdSSR bis zum Ende des faschistischen Regimes unentdeckt aktiv waren. Folgerichtig kam aus diesem Betrieb schon Oktober 1945 die Forderung nach der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und der Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum.

2. Mit dem Volksentscheid und der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher wurden juristische Voraussetzungen für das Volkseigentums geschaffen. Aber die noch vorhandenen Maschinen und Anlagen waren – so weit nicht zerstört - hochgradig verschlissen und veraltet. Ein großer Teil noch funktionsfähiger Ausrüstungen stand in Rüstungsbetrieben, wurde demontiert oder in sowjetisches Eigentum überführt.

Das größte Problem: Die hier vorhandenen Kapazitäten des Maschinenbaus waren von Steinkohle, Eisen, Stahl und anderen Werkstoffen abhängig, die aus dem Ruhrgebiet und anderen Teilen des in Besatzungszonen aufgelegerten Deutschland kommen mussten.

Diese Abhängigkeit, hohe Reparationsleistungen aus der Ostzone und der DDR, der Marshallplan für den Westen, die Abwerbung von Ingenieuren, Ärzten und Wissenschaftlern und die Verluste durch Wirtschaftsspionage und

Sabotage hatten zur Folge, dass sich die Lebensverhältnisse im Osten langsamer normalisierten, als im Westen. Der durch die Spaltung Deutschlands erzwungene Aufbau eigener metallurgischer Kapazitäten verschärfte auch die Versorgungslage. Aber noch nach der Verkündung einer Kurskorrektur wurde über den RIAS versucht, diese Probleme zur Auslösung eines konterrevolutionären Putsches zu instrumentalisieren.

Dass dieser Angriff auf den ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat am Eingreifen sowjetischer Streitkräfte scheiterte, trug wesentlich dazu bei, dass sich die Führung der SED noch stärker nach Vorgaben der KPdSU orientierte. Aber mit der Kopie des Beschlusses, die USA bei der Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen u.a. Produkte zu überholen, hatte war auch die DDR-Wirtschaft überfordert: Bei offener Grenze und der Abhängigkeit ganzer Industriezweige vom Westen war es unmöglich, die BRD bis 1961/62 in der Produktion und in der Versorgung der Bevölkerung einzuholen. Die Vorgaben des Siebenjahrplanes konnten trotz aller Anstrengungen nicht erfüllt werden.

Mit der Schließung der Staatsgrenze scheiterten die Pläne zur ‚militärischen Befreiung der Sowjetzone‘ wurde der damit verbundenen Kriegsgefahr Einhalt geboten. Jetzt konnte der Aufbau einer eigenen nationalen Wirtschaft erstmals trotz der noch immer vorhandenen Abhängigkeit ohne ständige Bedrohung über die offene Grenze in Angriff genommen werden. Aber bei der nun fälligen nüchternen Bestandsaufnahme zeigte es sich, dass die vom Export abhängige DDR-Wirtschaft auf vielen Gebieten nicht konkurrenzfähig war.

Im Weltstandsvergleich erwies es sich, dass das solide Niveau unserer Produkte nicht mehr ausreichte. Mit neuen Werkstoffen, dem Übergang zu automatisierter Fertigung, der Einführung moderner technologischer Verfahren und der sich beschleunigenden Ablösung neuer Generationen der Steuer- und Rechentechnik wurden höchste Leistungsanforderungen zur Norm. Im Rahmen der bisher üblichen Planung und Leitung der Volkswirtschaft nach der Bruttoproduktion konnte dem nicht mehr Rechnung getragen werden. Aber die Orientierung auf die wissenschaftlich-technische Erneuerung unserer Industrie und die Einführung des Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft stießen nicht nur hierzulande an Leistungsgrenzen und Vorbehalte.

Mehrfache Versuche, diese Denkweise auch an die Parteiführung der KPdSU heranzutragen, stießen auf Unverständnis. Dort gab es - bei allen Problemen - eine fast autark funktionierende Volkswirtschaft. Durch den Export von Erdöl und anderer Rohstoffe war die UdSSR in der Lage, ihren Import abzusichern. Aber die DDR war nicht in der Lage, allein die ganze Breite wissenschaftlicher, technischer, materieller, finanzieller und personeller Voraussetzungen zu

stemmen, die notwendig gewesen wären, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Das Ende der durch den VII. Parteitag eingeleiteten Entwicklung und die Beschlüsse des VIII. Parteitages zur Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fanden zwar breite Zustimmung. Aber die immer schneller sinkende Akkumulationsrate und die seit Anfang der siebziger Jahre rasch anwachsende Auslandsverschuldung wurden spürbar, als die Qualität unserer Waren und deren Preise konnten nicht mit der Erhöhung der Rohstoffpreise mithalten konnten. Jetzt musste alles, was nur irgendwie veräußert werden konnte, unter beliebigen Bedingungen verkauft werden. Viele Waren aus der DDR wurden schließlich zu einer Devisenrentabilität weit unter 0,2 veräußert.

In vielen Betrieben liefen Anlagen mit Sondergenehmigung, weil deren Sicherheitsparameter nicht mehr stimmten. Auch durch die jetzt wieder aufgegriffenen Bemühungen um den effektiven Einsatz wissenschaftlich-technischer Neuerungen konnten der entstandene Zeitverlust nicht mehr kompensiert werden. Nicht selten fehlten finanziellen und materiell-technische Voraussetzungen, um neue Ideen umzusetzen. Dazu kam: Seit Beginn der 80-er Jahre fielen immer mehr Roh- und Werkstofflieferungen aus der UdSSR aus.

Ende der 80-er Jahre kumulierten diese Probleme. Darüber wurde zwar in den Betrieben und Hochschulen diskutiert und vom MfS berichtet. Aber aus der Parteiführung wurde weder dazu noch zu den Problemen informiert, die mit der Perestroika in der UdSSR zutage traten. In der konzeptionslosen Zerfallsphase fanden sich dortzulande Opportunisten und Verräter. Bei uns herrschte Rat- und trotz des Führungsanspruch der Partei Führungslosigkeit ..

Der sich in immer größeren Teilen der Bevölkerung aufstauende Unmut war zunächst mehrheitlich durchaus ehrlich von der Suche nach einer Alternative geprägt, die alles das sichern sollte, was in der DDR mit dem Aufbau des Sozialismus geschaffen wurde. In dem Maße, in dem die Auflösungsprozesse in der Führung der SED voranschritten, wurden andere Kräfte wirksam. An die Stelle des ‚**wir** sind **das** Volk‘ trat jetzt: Wir sind **ein** Volk! In den Montagsdemos tauchten Reps und andere Neonazis auf, ohne auf Widerstand zu stoßen. Jetzt hieß es: Rote aus der Demo raus. Die Konterrevolution hatte gesiegt, weil deren Initiatoren schneller dazu gelernt hatten, als wir...

3. Mit dem Anschluss der DDR an die BRD wurde sichtbar, was zu erahnen war: Jetzt begannen die Mechanismen der Kapitalisierung zu greifen: In der BRD gab es Überkapazitäten im Maschinenbau: Was aus der DDR und aus Leipzig dazu kam, wurde nicht gebraucht. Dazu kam die Krise dieses Industriezweiges und die drüben schon seit über dreißig Jahren eingeleiteten Verschiebungen zwischen der Industrie und dem Dienstleistungsbereich. Auf dem

Territorium der ‚neuen Länder‘ wurde dieser Prozess in wenigen Monaten durchgezogen. Die Folge war eine Massenarbeitslosigkeit in Ausmaßen, die es nie zuvor in der BRD gegeben hatte. Den Kollegen aus der DDR wurde von ‚Treuhand‘-Managern, aber auch von westdeutschen Gewerkschaftsfunktionären erzählt, ihr Eintritt in Beschäftigungsgesellschaften sei Voraussetzung für eine höhere Qualifikation, denn ihre – die taue nicht mehr. Tatsächlich ging es um die ‚sozial friedliche Beräumung der Treuhandbetriebe‘. Dass damit das Volkseigentum liquidiert wurde, war jetzt schon kein Thema mehr. Wer sich auf Tafel IX mal angesehen hat, wie es bei dramatisch reduzierter Zahl der Beschäftigten zu einer explosionsartigen Entwicklung der Pro-Kopf-Produktion kam, gewinnt eine Vorstellung von dahinter stehenden menschlichen Dramen.

Aber dabei stehen bleiben heißt, nicht begreifen, dass es hier um ein Ereignis geht, das auch durch schwerwiegende politische Fehler und Irrtümer unserer Partei befördert wurde. Aber so zutreffend dies auch immer ist - in letzter Instanz stehen revolutionäre Umwälzungsprozesse in der Entwicklung der Produktivkräfte dahinter.

Dabei geht es längst nicht mehr nur darum, dass das Kapital in der Lage ist, seinen Reproduktionsprozess mit immer weniger lebendiger Arbeit, sprich immer weniger Menschen abzuwickeln. Damit sind eben so tief greifende wie schwerwiegende Verschiebungen in den sozialen und ökonomischen Beziehungen verbunden. Aber mit der massenhaften Freisetzung von Menschen unterschiedlichster Qualifikation erneuern und reproduzieren sich die Klassenwidersprüche zwischen global-player Imperialisten, nationalen und Kirchturmkapitalisten, mittelständischem Kleinbürgertum, lohnabhängig Arbeitenden, Arbeitslosen und den Milliarden der Ausgestoßenen in einer Art und Weise, die in vielerlei Hinsicht anders aussieht als alles, was wir bisher kannten. Aber hier zeichnen sich auch die Konturen einer gesellschaftlichen Entwicklung ab, die über den übrig gebliebenen Kapitalismus hinweg gehen wird.

Wers im Detail wissen will, wie das in Leipzig aussieht, kann sich ja mal mit der Broschüre zur ‚Leipziger Wirtschaft‘ befassen..